



„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.



Die Hauptaufgaben des Landes, um eine inklusive Gesellschaft in NRW zu erreichen, bestehen darin, ...

... die Menschen mitzunehmen und schrittweise die erforderlichen Voraussetzungen und Bedingungen für die Inklusion zu schaffen. Unter anderem muss das Schulsystem angepasst werden.

... Barrieren in den Köpfen der Menschen zu beseitigen und den gesetzlichen Rahmen zu schaffen, der behinderten Menschen die Ausübung ihrer Rechte ermöglicht und garantiert. Dazu hätte gehört, den Aktionsplan mit Betroffenen zu erarbeiten, statt sie im Nachhinein den Fortschritt fragwürdiger Maßnahmen bewerten zu lassen.

Die Kommunen als letztes Glied in der Kette der Umsetzung der Inklusion müssen ...

... und haben bereits begonnen, Konzepte für eine selbstbestimmte und unabhängige Lebensführung der Menschen umzusetzen sowie die schulische Inklusion voranzubringen. Ob und wie die Kommunen finanziell durch das Land unterstützt werden, wird eine Arbeitsgruppe klären.

... leider vergeblich auf finanzielle Hilfe durch das Land warten. Dass sie trotzdem viel tun, weil Inklusion ein Menschenrecht ist und wir angesichts des (gesellschaftlichen) Alterungsprozesses alle davon profitieren, ist erfreulich, angesichts leerer kommunaler Kassen aber eben nur Inklusion nach Kassenlage.

Den bisherigen Stand der Umsetzung der Inklusion in NRW bewerte ich als ...

... insgesamt befriedigend. Es ist ein gesellschaftlicher Prozess, der an Tempo und Intensität in den nächsten Jahren deutlich zulegen wird. Inklusion wird unser Denken und Handeln verändern und Chancen im Zusammenleben sichtbar werden lassen.

... große Enttäuschung für alle Betroffenen, was den Aktionsplan der Landesregierung betrifft. Erfreulich ist, dass sich in allen Landesteilen Menschen, die die UN-Konvention unterstützen, auf den Weg machen und Projekte auf den Weg bringen, die Vorbild für andere sein können.

Qualität in der schulischen Inklusion zeichnet sich meiner Meinung nach aus durch ...

... gute Schul- und Unterrichtskonzepte, die durch individuelle Förderung alle Kinder und Jugendlichen in die Lage versetzen, ihre Potenziale optimal zu entwickeln. Das Land stellt dafür bis 2017 insgesamt 3.215 Lehrerstellen zusätzlich zur Verfügung, 1.200 davon bereits im kommenden Schuljahr.

... eine Ausstattung, die den Schulen erlaubt, jedes Kind angemessen versorgen und unterstützen zu können; ein gut fortgebildetes Lehrerkollegium und ein Team von Pädagogen und Sonderpädagoginnen, das sich gemeinsam für die begabungsgerechte Förderung jedes Kindes der Klasse verantwortlich fühlt.

Die Existenz von Förderschulen in NRW ...

... wird nicht grundsätzlich infrage gestellt. Allerdings werden insbesondere viele Förderschulen für Lern- und Entwicklungsstörungen aufgrund der demografischen Entwicklung und des Schulwahlverhaltens der Eltern im Sinne der Inklusion auslaufen. Bereits heute besucht jedes vierte Kind mit Förderbedarf eine allgemeine Schule.

..., die bisher die Versorgung und Bildung auch von schwerstmehrfach behinderten Kindern gewährleistet haben, wird von einer Regierung infrage gestellt, die nicht bereit ist, sich für vergleichbare Unterstützungsstrukturen in der Inklusion einzusetzen. Ein solches „Wahlrecht“ ist eine Ohrfeige für alle betroffenen Eltern.



Diesmal zum Thema Inklusion.



Sigrid Beer
(GRÜNE)

... auf allen Ebenen und in allen Bereichen inklusive Prozesse nach Maßgabe seiner Möglichkeiten zu unterstützen. Dazu gehören rechtliche Grundlagen, die Ausgestaltung von Rahmenbedingungen sowie das Fördern einer gesellschaftlichen Grundhaltung, um die Teilhabe für alle Menschen zu ermöglichen.

... lokale Inklusionspläne erstellen, die den Prozess der inklusiven Entwicklung gemäß der Bedarfe, Anforderungen und Ausgangslagen vor Ort schrittweise gestalten. Im Bereich der Schule ist das z. B. der Beginn des Aufbaus inklusiver Strukturen, zuerst u. a. durch Schwerpunkt-schulen unter Einbeziehung aller Schulformen.

... sehr unterschiedlich. Das zeigt gerade auch der Schulbereich. Kommunen und Regionen weisen z. B. unterschiedliche Entwicklungsstände im Gemeinsamen Unterricht auf. So gehen z.B. im Kreis Wesel jetzt schon alle Kinder aus dem Förderbereich Lernen in die Grundschule. Die Regionen können voneinander lernen.

... ein gutes Team mit unterschiedlichen Professionen, z.B. allgemeine Lehrkräfte, SonderpädagogInnen, ErzieherInnen, SozialpädagogInnen. Über 3.200 zusätzliche Lehrkräfte, 2.300 Studienplätze für Sonderpädagogik, 2.500 Fortbildungsplätze, KoordinatorInnen und 300 ModeratorInnen stellt das Land zusätzlich zur Verfügung.

... gehört laut Schulkonsens zum Schulangebot in NRW, soweit sie trotz Inklusion erforderlich sind. Elternwahlverhalten und Schüllerrückgang haben aber längst gerade im Bereich der Förderschule Lernen erhebliche Auswirkungen. Gerade auch aus Qualitätsgründen können zu kleine Schulen nicht weitergeführt werden.



Yvonne Gebauer
(FDP)

... die Umsetzung der Inklusion durch transparente qualitative Standards zu gestalten. Jeder Mensch soll an der Gesellschaft teilhaben können. Ängste und Barrieren müssen ab-, Vertrauen sowie Verständnis aufgebaut werden. Das überhasstete Vorgehen von Rot-Grün etwa bei der schulischen Inklusion gefährdet den Erfolg.

... vom Land die ihnen auch rechtlich zustehende finanzielle Unterstützung erhalten, sonst werden die Kommunen mit dieser Aufgabe überfordert. Der Erfolg der Inklusion entscheidet sich bei den Menschen vor Ort, deshalb sind Basisstandards zur qualitativen Umsetzung erforderlich.

... im Schulbereich leider mangelhaft. Die Inklusion wird von SPD und Grünen fehlfinanziert, unstrukturiert, ohne Qualitätsstandards und gegen die Wünsche und Bedürfnisse der Kinder, Eltern, Pädagogen und Kommunen durchgepeitscht. Die Qualität muss das Tempo der Umsetzung bestimmen, nicht das Tempo die Qualität.

... bestmögliche Förderbedingungen für jedes Kind. Das bedeutet: Wahlmöglichkeiten für Eltern zwischen allgemeiner Schule und spezialisierter Förderschule, klare qualitative Umsetzungsstandards für Schulträger, Fortbildung für Pädagogen sowie strikte Einhaltung der Konnektivität gegenüber den Kommunen.

... ist massiv bedroht. Rot-Grün entzieht hunderten Förderschulen die Existenzbasis. Die Zahl der Förderschulen wird aus Gründen der Demografie und des veränderten Schulwahlverhaltens sinken. Dennoch muss für Eltern zukünftig eine Wahlmöglichkeit zwischen allgemeiner Schule und Förderschule sichergestellt sein.



Monika Pieper
(PIRATEN)

... geeignete Rahmenbedingungen für Inklusion zu schaffen und alle Akteure bei der Umsetzung zu unterstützen. Die Verwirklichung der Inklusion stellt die Politik in vielen Feldern vor große Herausforderungen. Notwendig für das Gelingen der Inklusion ist auch ein Bewusstseinswandel in der Gesellschaft.

... auch ihren Beitrag leisten. Eine inklusive Gesellschaft gelingt nur mit gelebter Inklusion vor Ort. Doch viele können Inklusion aufgrund ihrer Haushaltslage nicht umfassend umsetzen. Daher fordern wir für Schulen ein Landesprogramm, um eine Inklusion nach Kassenlage zu verhindern.

... mangelhaft. Doch der Stand und Erfolg darf nicht an Zahlen gemessen werden, sondern muss sich an einer nachweisbaren Qualität orientieren. Diese ist zurzeit nicht gegeben. So sind viele Schulen zurzeit noch unzureichend vorbereitet und ausgestattet. Das führt zu einer Inklusion light.

... definierte Mindeststandards. Dazu gehören ausreichend Sonderpädagogen und Sachmittel für die allgemeinen Schulen, verbindliche Fortbildungen für die Lehrerinnen und Lehrer der allgemeinen Schulen und gute Instrumente zur Diagnose der Förderbedarfe der Kinder und Jugendlichen.

... ist notwendig. Es wird immer Schüler geben, die temporär in der allgemeinen Schule nicht gefördert werden können. Wir brauchen flächendeckend Stützpunktschulen, die verhindern, dass Schüler aus der Förderung herausfallen. Die Arbeit der Sonderpädagogen vor Ort muss an diesen Schulen vernetzt werden.